Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Warte. 1886-1920
1919

29 (11.4.1919)

Visual Library

Badische Warte

Geschäftsstelle und Verlag: Karlsruhe, Erbprinzenstr. 6 :: Fernspr. 2373

Bürger- und Bauernfreund * Badische Post

Redaktion: Karlsruhe, Erbprinzenstr. 6 Fernsprech-Anschluß Nr. 2373

Erscheint wöchentlich zweimal: Dienstag und Freitag (die Freitag-Ausgabe mit achtseitigem illustriertem „Familienfreund") — Bezugspreis vierteljährlich in Karlsruhe oder durch die Vertreter bezogen einschließlich Zustellgebühr 1.50 M., bei der Post 1.80 M.

:: Für das deutsche Vaterland! ::
Für deutsche Art und Sitte!
Für des Bürgers Wohlfahrt in Stadt und Land!

Anzeigen im Inseratenteil die sechsgespaltene Petit-Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Im redaktionellen Teil die dreigespaltene Petit-Zeile oder deren Raum 60 Pfg. — Bei größeren Aufträgen und Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt

Nummer 29. | Karlsruhe, Freitag, den 11. April 1919. | 34. Jahrgang.

Hierzu der „Illustrierte Familienfreund"

Staat und Stamm.

Daß die Revolution eine geistige Seuche ist, darüber sind die Politiker, die nach psychologischen Erkenntnissen urteilen, sich im klaren; man hat es mit einer „Ansteckung" im gefährlichsten Sinne des Wortes zu tun. Wie aber bei allen epidemischen Krankheiten, ist auch bei den geistigen Seuchen die Disposition die Voraussetzung der Wirkung. Ohne diese „Disposition" wäre in Deutschland dieser plötzliche und vollkommene Zusammenbruch nicht denkbar gewesen. Worin diese Disposition bestand, ist in diesen Blättern schon mehrfach auseinandergesetzt worden; ihre Elemente sind nicht so einfach. Wie immer handelt sich's um eine Verwurzelung und Verbindung verschiedenartigster Kräfte und Triebe, die nur ein Merkmal, das einer grundsätzlichen negativen Tendenz, gemeinsam haben.

Neben solchen Elementen der Zerstörung zeitigen die Revolutionen abgeleitete Strebungen, die in ihrem Grundcharakter nichts mit der typischen Verneinung zu tun haben, nun aber an die Oberfläche kommen, weil die Schwergewichte des Gewordenen und Machtbesitzenden beseitigt und so ein allgemeiner Auftrieb alles stimmungs- und gefühlsmäßigen, alles wunschhaften stattfinden konnte.

So erleben wir jetzt die Geltendmachung zweier in ihrem Wesen einander entgegengesetzter Strebungen: auf der einen Seite ein übertriebener Unitarismus, auf der andern Seite ein verstärkter Partikularismus und Föderalismus, wobei die Föderalisten wieder den stärksten Nachdruck darauf legen, nicht für Partikularisten angesehen zu werden. Die Wahrheit ist die, daß die Partikularisten keineswegs Föderalisten sind, diese aber stets partikularistische Strebungen im Auge haben.

Die Unitaristen sind eine alte deutsch-geschichtliche Erscheinung. Sie erstreben die vollständig durchgeführte Einheit des Reichs, was im letzten Grunde die Beseitigung der Dynastien zur Voraussetzung hat und dem Reiche nur eine monarchische oder republikanisch-präsidiale Spitze zubilligt. Die Revolution hat nun die Dynastien beseitigt; damit ist ein alter liberal-demokratischer Traum in Erfüllung gegangen. Die Unitarier sehen das hauptsächlichste Bollwerk ihrer Gegner beseitigt und bemühen sich, den Reichsgedanken auf ihre Weise durchzuführen in einem republikanischen Reich, in dem die deutschen Staaten Reichsprovinzen sind, die von einem gemeinsamen Zentrum aus regiert werden, bei möglichster Schonung des stammesartigen und geschichtlichen Charakters, so wie etwa Großpreußen regiert wurde, das zentralistisch war, aber doch den einzelnen Provinzen weiten Spielraum zur Betätigung ihrer geschichtlichen Eigenart gewährte. Trotz alles „Zentralismus" waren der Ostpreuße, der Hannoveraner und der Rheinländer durchaus verschieden geartete „Großpreußen", die fast nichts miteinander gemein hatten, als den Namen. Der Zentralismus hat es durchaus nicht vermocht, die Eigenart der Stämme abzutöten, was auch ein großer Fehler gewesen wäre, denn aus der Geltendmachung dieser „Eigenart" fließt dem Staats- und Gesellschaftsganzen gesunderhaltender völkischer Sauerstoff zu. Insoweit der Unitarismus darauf hinausgeht, über ein bestimmtes Maß hinausgehend zu zentralisieren, d. h. zu schematisieren, zu vereinheitlichen, zu egalisieren, ist er als völkisch und sozial gesundheitsschädlich abzulehnen. Das Beispiel Frankreichs beweist, wohin dieser übertriebene Zentralismus führt. Vestigia terrent. Er bedeutet die Vorherrschaft bestimmter, mit Großstadtluft gewürzter politischer, sozialer, völkischer, literarischer, künstlerischer Kreise, die sich zu vollkommener Einseitigkeit ausbilden und so die lebendigen Kräfte des partikularen Volkstums unterdrücken. 1789 hat in Frankreich diese Zentralisation auf den Gipfelpunkt ihrer Vollendung erhoben; seitdem ist Paris Frankreich und die geistige Verödung des Landes hat eingesetzt. Der französische Größenwahn, die französische Rachsucht, der französische Militarismus, die französische Gewalt- und Annexionspolitik ist durchaus pariserisch. Pathologische Gestalten wie dieser Clemenceau und sein Stab französischer Generale mit Feldwebelsgehirnen sind pariserisches Gewächs; auch die ganze Presse ist pariserisch. Das sind die Ergebnisse des Zentralismus.

Nun zeigen sich auch bei uns in den letzten Jahren zentralistische Erscheinungen, besonders ein Ueberwuchern Berlins und seines Einflusses auf das öffentliche Leben. Berliner Literatur, Kunst, Theater —, Berliner „Geist" mit seiner Schnoddrigkeit, seinem Absprechen, seiner Anmaßung, seiner Ueberhebung und seiner Herausbildung eines ganz spezifisch wirkenden Borussentums erlangten ein Uebergewicht, das der deutschen Kultur gefährlich wurde. Darum erhob sich schon lange vor dem Krieg der Ruf: „Los von Berlin", in dem als berechtigter Unterton mitschwang: los vom spezifischen Preußentum. Als die Revolution kam und mit ihr die Herrschaft des zentralistischen Sozialismus und seiner eklatanten Unfähigkeit, nach psychologischen Maßen zu regieren — man braucht nur an den „Kultusminister" Adolf Hoffmann zu erinnern — da machten sich die Loslösungsbestrebungen verstärkt bemerkbar.

Wie aber so oft, so verbanden sich auch hier mit natürlichen Widerständen und Regungen politische Strebungen, die die seelischen Widerstände ausnützten und zu einer höheren Formel politischer Aktion aus- und umbildeten. Aus dem: „gegen Zentralismus und Unitarismus" wurde ein „für Partikularismus und Föderalismus". Damit ist der an sich verständliche und berechtigte Widerstand gegen „Berlinisierung" und „Verpreußung" zu einer neuen Parole der Reichsumgestaltung geworden. Die Rheinländer wollen eine eigene Republik, desgleichen die Hannoveraner und die Kurhessen; die Nassauer werden auch noch kommen, vielleicht auch die Stadt-Frankfurter, die Schlesier. Es gibt schon eine ganze Literatur von Vorschlägen, die das Reich in seine „natürlichen Bestandteile" — in 8—10 große Republiken — aufteilen wollen. Der Verfassungsentwurf des Reichsministers Preuß hatte gleichfalls eine Aufteilung vorgesehen und der ehemalige Ernährungsminister und konservative Abgeordnete von Batocki vertrat einen ähnlichen Standpunkt. Die preußische Sozialdemokratie will aber von einer solchen Aufteilung nichts wissen; sie begegnet sich in dieser Meinung mit dem Gros der preußischen Konservativen. Uebrigens sind in allen Parteien „Aufteiler", Unitaristen und solche, die den gegenwärtigen Zustand aufrecht erhalten wollen.

Die Aufteilungsideen werden am zielbewußtesten von den sog. föderalistischen Großdeutschen vertreten. Die eigentlichen Gedankenträger und Ideengeber dieser großdeutschen Bewegung sind die hannoverschen Welfen und kurhessischen Rechtsparteiler, die die Ereignisse von 1866 noch nicht verschmerzt haben. Doch haben sich auch Männer aus andern politischen Lagern angeschlossen.

Der Schutzheilige dieser Strebungen ist Constantin Frantz, der in diesen Blättern oft mit Zustimmung erwähnte Politiker und Schriftsteller, der dem deutschen Volke manch gedankenreiches Werk geschenkt hat. Er ist der eigentliche „Großdeutsche", wenn ernatürlich auch viel zu intelligent und weitsichtig war, um dies „Großdeutsche" auf „österreichisch" zu interpretieren. Es konnte niemals ein „österreichisches" Großdeutschland geben, solange dies Oesterreich mit seinen zwei Drittel Nichtdeutschen die „deutsche" Politikbeschwerte. Es konnte nur ein Bismarcksches Kleindeutschland geben, in dem eine möglichste Einheitlichkeit der Reichsstaaten nach Sprache und Abstammung garantiert war. Die „österreichischen" Großdeutschen waren nie ernst zu nehmen; ein Klüngel von ehrenwerten Männern, die mit einer wesentlich süddeutschtümlichen Auffassung Politik machen wollten. Das ging nicht. Bismarck, der geniale Politiker, sah klar ein, daß die Einheit des Reichs nur unter Führung Preußens möglich war. Wäre damals Oesterreich schon zerfallen wie heute, so hätte Bismarck selbstverständlich die österreichischen Deutschen genau so mit offenen Armen empfangen, wie wir dies heute tun. Denn Bismarck hat aus grunddeutschem Idealismus heraus das einige Reich geschaffen in dem Ausmaß, wie es zu seiner Zeit möglich war. Aus Idealismus, nicht aus Gründen „preußischer Politik", wie es ihm heute jene nachsagen, die nach echter deutscher Manier es nicht vermögen, an diesem Manne emporzuschauen, der nach Rasse und Art ein echter niedersächsischer Deutscher war, kein „Borusse".

„Mein ideales Ziel, nachdem wir unsere Einheit innerhalb der erreichten Grenzen vollbracht hatten, ist stets gewesen, das Vertrauen nicht nur der mindermächtigen europäischen Staaten, sondern auch der großen Mächte zu erwerben, daß die deutsche Politik, nachdem sie das Unrecht der Zeit: die Zersplitterung der Nation, gutgemacht hatte, friedliebend und gerecht sein will. Um dies Vertrauen zu erreichen, ist vor allen Dingen Ehrlichkeit, Offenheit und Versöhnlichkeit im Falle von Reibungen nötig."

So sagt Bismarck. Das Unrecht der Zeit: die Zersplitterung der Nation, gutzumachen — das war sein ideales Ziel, ein echtdeutsches Ziel, ein staatsmännisches Ziel, ein national-sittliches Ziel! Er trieb keine „Blut- und Eisenpolitik", er hat nur vorausgesehen, daß dies ideale Ziel: die Einheit des Reichs, nicht anders zu erreichen war, als durch Krieg. Bismarck war der entschiedenste Gegner des Kriegs, er war kein Eroberer — „jeder Krieg, auch ein siegreicher", sagte er, „ist ein Unglück für ein Volk" — er hätte die alldeutschen Annexionisten mit einer machtvollen Geberde in den Orkus befördert, wie er immer wieder betont hat: wir haben keine Eroberungen mehr zu machen, keine Neuerwerbungen, „wir sind saturiert."

Wenn sich heute ein großdeutscher Verband mit dem Ziel des Föderalismus auftut, so soll er es verschmähen, Bismarck zu bekämpfen, denn Bismarck war Föderalist, überzeugter Föderalist, auch wenn er Hannover und Kurhessen „annektierte," denn diese Annexion schien ihm notwendig, um das „Unrecht der Zeit" zu beseitigen und das ideale deutsche Ziel der Einigung zu erreichen. Wir wollen uns nicht einen Augenblick für diese Annexionen einsetzen. Schreiber dieses hat, so lange er in Hannover Politik machte, stets den Standpunkt vertreten, daß die Annexion unnötig und falsch war, er hat aber auch stets die Gesichtspunkte voll gewertet, die einen Bismarck dazu bringen konnten, die Einverleibung durchzuführen.

Es ist eine der betrüblichsten Erscheinungen der Gegenwart, daß Männer sich finden, die das Andenken des größten deutschen Staatsmannes und Politikers schmähen, weil sie es nicht vermögen, ihre stammesgeschichtliche Politik von den Elementen einer verständlichen, aber der Kritik nicht standhaltenden gefühlsmäßigen Auffassung zu befreien.

Es ist kindisch und krankhaft, den Zusammenbruch des Reichs auf das „Unrecht von 1866" zurückführen zu wollen. Ein Blick auf Oesterreich genügt doch, um den ganzen Widersinn einer solchen Behauptung zu erhärten. Es wirkt aber auf jedes unverbildete Gefühl geradezu blasphemisch, nun gar den lieben Gott und sein Weltgericht für die Strafvollziehung am „Verbrechen von 1866" einzusetzen. Das heißt doch das furchtbare Weltgeschehen der Zeit, das den Völkern, und insonderheit dem deutschen Volk, mit Donnerstimme das Gericht für den Abfall verkündet, für einen Treppenwitz der Weltgeschichte einfangen wollen.

Ueber die näheren Ziele des föderalistischen großdeutschen Verbandes soll in einem nächsten Artikel gesprochen werden. A. R.

Reichs- und auswärtige Politik.

B. **Berlin,** 9. April. Von verschiedenen Seiten wird lebhaft für die Einrichtung eines parlamentarischen Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten gearbeitet. Besonders hat sich die demokratische Partei dieses Gedankens angenommen. Zugrunde liegt dabei die Absicht, den Einfluß der National-Versammlung auf die Führung der auswärtigen Geschäfte zu verstärken. Es fragt sich, wie der Ausschuß konstruiert werden kann, um Nützliches zu leisten. Sollen in ihm die Parteien nach ihrer Stärke vertreten sein, oder soll er ohne Rücksicht auf die Parteien für auswärtige Fragen besonders befähigte Mitglieder der National-Versammlung umfassen? Die letztere Form wäre, wie nicht weiter auseinandergesetzt zu werden braucht, die sachlich ersprießlichste. Da tritt aber sofort die Tatsache hervor, daß die Nationalversammlung überhaupt nicht die erforderliche Zahl von Persönlichkeiten enthält, die sich so intensiv mit der auswärtigen Politik beschäftigt hatten, um einen fachmännisch wertvollen Ausschuß bilden zu können. Es sei denn, daß man sich auf 4—6 Persönlichkeiten beschränkt. Kommt man aber auf eine der üblichen Kommissionen nach dem alten Schema der Zusammensetzung gemäß den Fraktionsstärken ab, so würde der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten doch nichts anderes sein, als die Vereinigung der Fraktionsvorsitzenden zu dem besonderen Zweck der Kontrolle und Mitwirkung bei der auswärtigen Politik. Tatsächlich würde dabei gegenüber dem jetzigen Zustand nicht viel geändert; schon jetzt beruft das Reichskabinett vor wichtigen Entscheidungen in auswärtigen Fragen die Vertreter der Fraktionen zusammen, um so die Verantwortlichkeit auf die Parteien zu überwälzen. Will man diesen Zustand verfassungsmäßig festlegen, so würde dagegen kaum etwas einzuwenden sein, aber ein besonderer Nutzen werde kaum erreicht werden.

Zur Lage.

Die Arbeit ruht noch immer in einem großen Teil der Kohlenbergwerke des Ruhrreviers. Auch auf die Kruppwerke hat die Arbeitseinstellung zum Teil sich ausgedehnt. Ueber Essen ist der verschärfte Belagerungs-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

zustand erklärt worden. Regierungstruppen sind dort eingezogen, wobei es zu Zusammenstößen zwischen Militär und Zivilisten kam. Zwei Zivilisten wurden getötet, mehrere verwundet. — In Düsseldorf beschlossen die Arbeiter die Fortsetzung des politischen Streiks. Auch dort wurde der verschärfte Belagerungszustand eingeführt. Der Vertreter der Reichsregierung im dortigen Bezirk mahnt die Arbeiter zur Besonnenheit und Arbeit zurückzukehren, damit unser Wirtschaftsleben sich wieder aufbauen und eine bessere Lebensmittelzufuhr bewirkt werden kann. — In Magdeburg kam es ebenfalls zu blutigen Zusammenstößen. Regierungstruppen sind eingetroffen. Die Arbeit ruht noch immer.

Die Umwälzung in Bayern nimmt ihren Fortgang. Der revolutionäre Zentralrat erläßt eine Bekanntmachung, in der er dem Sparguthaben der Einleger Schutz zusagt. Plünderer würden erschossen. Strenge Strafen werden gegenrevolutionären Unternehmungen angedroht. Die Sozialisierung der Presse wurde ausgesprochen. — Der Bürgerstreik in München hat begonnen. München wird von allen Seiten abgeschnitten. Kohlen- und Lebensmittelzufuhr soll gesperrt werden. Der Bahnverkehr ist eingestellt, ebenso der Fernsprechverkehr, der Postverkehr unterbunden. — Die Regierung Hoffmann läßt einen Aufruf verbreiten, wodurch Maßnahmen der Regierung gegen die Räteregierung in Aussicht gestellt werden. Der Landtag ist noch nicht zusammengetreten. — In Würzburg haben regierungstreue Truppen den Bahnhof gestürmt. Dr. Heim hat sich auch gegen die Räterepublik erklärt.

Die Nationalversammlung in Weimar beschäftigt sich gegenwärtig mit dem Reichshaushaltsetat. Angefordert werden nahezu 14 Milliarden in Einnahmen und Ausgaben. Das wird auch seine Schwierigkeiten haben, hier die rechten Wege zu finden zur Beschaffung der notwendigen Mittel.

Ueber die Friedensfrage lauten die Nachrichten sehr unklar. Heute heißts: Der Friede ist in wenigen Tagen zu erwarten, morgen: es wird noch lange dauern. Tatsache ist, daß die Verhandlungen langsam fortschreiten, die Forderungen bedeutend sind und Deutschland bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit zur Entschädigung herangezogen werden soll. Wir müssen eben warten, bis uns bestimmten Summen genannt und Bedingungen gestellt werden. Unsre Vertreter haben dann das Wort zur Verhandlung.

A. R.

Der 9. November im Hauptquartier.

Die Abdankung Kaiser Wilhelms.

Generalmajor Graf Schulenburg, der Chef des Generalstabes der Heeresleitung B, hat über die Vorgänge vor der Abdankung und der Flucht des Kaisers eine vertrauliche Denkschrift verfaßt. Die Denkschrift wird nun in der Freiheit, dem Berliner Organ der Unabhängigen, veröffentlicht. Wir geben im folgenden die bezeichnendsten Stellen daraus wieder:

Am Revolutionstage, am 9. November, traf Graf Schulenburg im Hauptquartier in Spaa ein und fand dort eine gedrückte, fast kopflose Stimmung vor. Es fand nachher eine Konferenz beim Kaiser statt, an der Hindenburg, die Generale v. Plessen, Marschall Groener, Staatssekretär v. Hintze, v. Grünau (Auswärtiges Amt) und Graf Schulenburg teilnahmen. Feldmarschall Hindenburg sagte zum Kaiser, daß er ihn um seine Entlassung bitten müsse, da er das, was er zu sagen hätte, als preußischer Offizier seinem Könige nicht sagen könnte. Hierauf antwortete der Kaiser: „Wir wollen erst mal sehen." General Groener führte darauf in einem längeren Vortrag aus, daß die Lage des Heeres eine verzweifelte sei, Deutschland in der Hand des Umsturzes. In Berlin drohe jeden Augenblick der Bürgerkrieg auszubrechen. Das Feldheer habe nur noch für wenige Tage Verpflegung, und man müsse mit einer Hungerkatastrophe im Heere rechnen.

Das Heer sei nicht mehr zuverlässig.

Es sei ganz ausgeschlossen, in dieser Lage mit dem Feinde im Rücken mit dem geschlossenen Heere Kehrt zu machen, um es in vielwöchentlichem Marsch zum Bürgerkrieg nach Deutschland zu führen. Die einzige Rettung des Vaterlandes läge in der sofortigen Abdankung des Kaisers. Graf Schulenburg widersprach und meinte, man solle den Kampf mit den Aufständischen aufnehmen, ausgesuchte Führer und ausgesuchte Truppen mit allen modernen Kampfmitteln ausgerüstet zunächst nach Verviers, Aachen und Köln schicken und zwar sofort, um mit Waffengewalt die Autorität der Obrigkeit wieder herzustellen. Voraussetzung hierfür sei eine richtige Parole. Als Parole würde beim Heere ziehen, daß ihre Schwesterwaffe, die Marine, mit Kriegsgewinnlern und Drückebergern ihnen in den Rücken gefallen ist und dem Heer die Verpflegung sperre. Der Kaiser schloß sich der Meinung Schulenburgs an und erklärte

nicht abdanken zu wollen.

Er beabsichtige aber auch keinen Bürgerkrieg, sondern wolle mit ausgesuchten Führern und Truppen zunächst Verviers, Köln und Aachen wieder in seine Hand bringen. General Groener legte dar, zu solchen Entschlüssen sei es zu spät. Die Gewalt der Aufständischen sei in ganz Deutschland bereits soweit organisiert, daß es aussichtslos sei, den Kampf mit Erfolg noch gegen sie aufnehmen zu können. Sie würden fraglos zu dem Gewaltmittel der Verpflegungssperre greifen. Und auf die Truppen könne man sich nicht mehr verlassen. Darauf gab Graf Schulenburg im Namen aller Oberbefehlshaber und kommandierenden Generale der Heeresgruppe Kronprinz die Versicherung, daß das Heer als solches in seinen Massen königstreu sei. Nicht zur Wiederaufnahme des Kampfes mit dem Feinde sei es zu haben, wohl aber zur Wiederherstellung der Ordnung an einzelnen Stellen und zum geschlossenen Rückzug in die Heimat unter der Führung des Kaisers. Auf eine Frage des Kaisers an Groener mit Bezug auf die Ausführungen Schulenburgs antwortete Groener, er sei anderer Ansicht. Der Kaiser sagte darauf: „Ich verlange von dem Feldmarschall und von Ihnen diese Meldung schwarz auf weiß, aber erst nachdem Sie alle Oberbefehlshaber befragt haben!" Der Kaiser betonte darauf nachdrücklich, daß er unter keinen Umständen den Bürgerkrieg wolle, und daß er diese Zumutung nie an das Heer stellen würde. Er hätte nur den einen Wunsch, die Armee in geschlossener Ordnung in die Heimat zurückzuführen. Groener erwiderte wörtlich: „Das Heer wird unter seinen Führern und kommandierenden Generalen geschlossen und in Ordnung in die Heimat zurückmarschieren, aber nicht unter der Führung Eurer Majestät."

Feldmarschall Hindenburg

erklärte, daß ja eigentlich jeder preußische Offizier die von Schulenburg geäußerte Auffassung haben müsse, daß aber alle Nachrichten, die die Oberste Heeresleitung aus der Heimat und vom Heere hätte, die Notwendigkeit der Abdankung unumgänglich nötig machen. Eine Verantwortung für die Zuverlässigkeit des Heeres könne er und General Groener nicht mehr übernehmen. Der Kaiser schloß die Diskussion mit den Worten: „Sie wollen alle meine Oberbefehlshaber über die Stimmung im Heere befragen, wenn diese mir melden, daß das Heer nicht mehr zu mir steht, dann bin ich bereit zu gehen, aber nicht eher!"

Während der Unterredung forderten vom Reichskanzleramt in Berlin einlaufende telephonische Nachrichten andauernd die Abdankung, da sonst die Straßenkämpfe unübersehbar zu werden drohten. Es sei nur auf diese Weise möglich, die Monarchie für die Zukunft zu erhalten. Der Kaiser war tiefbewegt und schien entschlossen, seine Person zum Opfer zu bringen. Schulenburg wies darauf hin, daß nur der Rücktritt des Deutschen Kaisers, aber

keine Abdankung des Königs von Preußen

in Frage kommen könne. Das sei keine Reichs-, sondern eine rein preußische Sache, über die der König von Preußen lediglich mit seinen preußischen Kammern zu verhandeln habe. Schulenburg nahm an, die Regierung in Berlin fürchte sich vor dem Straßenlärm und fordere Entschließungen vom Kaiser, um sich persönlich zu schützen. Es sei notwendig, über die Lage in Berlin sofort den Gouverneur telephonisch zu befragen. Es bliebe immer noch Zeit, seine Entschließungen zu fassen. Der Kaiser trat diesen Vorschlägen bei, daß er unter allen Umständen König von Preußen bliebe und das Heer nicht verlassen würde. Er ordnete die sofortige telephonische Anfrage beim Gouverneur an und begab sich mit seinen Adjutanten in den Garten.

Aus Berlin lief mittlerweile die Nachricht des Gouverneurs ein, daß in den Straßen gekämpft werde und die Truppen übergelaufen seien. Der Reichskanzler telegraphierte, der Bürgerkrieg sei unvermeidlich, wenn nicht in den nächsten Minuten die Abdankung erfolge. Der Kronprinz traf ein, und in einer neuen Konferenz erklärte Oberst Heye, alle Kommandeure hätten die Frage verneint, daß man auf das Heer für einen Bürgerkrieg in der Heimat rechnen könne. Exzellenz v. Hintze kam hinzu und sagte,

die Monarchie sei nicht mehr zu retten.

Nun erklärte sich der Kaiser bereit, als Deutscher Kaiser abzudanken, nicht aber als König von Preußen. Er wolle das Heer in die Heimat zurückführen. Das wurde nach Berlin telegraphiert, aber von dort kam nachmittags die Antwort, der Reichskanzler habe, ohne die Erklärung aus dem Hauptquartier abzuwarten, die Abdankung des Kaisers und Königs bekanntgegeben.

Über die weitere Entwicklung des Dramas, die bekannt ist, sagte Graf Schulenburg nichts neues.

Die deutschen Kalilagerstätten.

Unter den Sozialisierungsplänen der deutschen Reichsregierung befindet sich mit an erster Stelle die Verstaatlichung der deutschen Kaliindustrie und des Kalibergbaues, welche seit mehr als einem halben Jahrhundert bis zum Kriegsausbruch den Kalimarkt der ganzen Welt beherrschten. In unserer beistehenden Karte geben wir eine Übersicht der Kalilagerstätten in Deutschland. Zurzeit herrscht, wie in der letzten Versammlung des Kalisyndikats betont wurde, eine große Notlage in der gesamten Kali-Industrie, was um so bedauerlicher ist, als gerade Kali unser Hauptwertartikel ist, den wir im Auslande gegen Lebensmittel umtauschen können. Im ersten Vierteljahr d. Js. sind infolge Wagen- und Kohlenmangels



sowie durch Streiks und Rückgang der Arbeitsleistung knapp 1,2 Millionen Doppelzentner Reinkali abgesetzt worden gegen 3 Millionen Doppelzentner im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der Absatzwert ist von 77 Millionen Mark auf 35 Millionen Mark zurückgegangen. Gegenüber den stets steigenden Ansprüchen der Arbeiter und Angestellten ist die Brennstoffversorgung der Kaliwerke nach wie vor äußerst mangelhaft. Zahlreiche Werke liegen immer noch still, weil sie keine Kohlen bekommen können, andere haben neuerdings wegen Kohlenmangel wieder stilliegen müssen. Die Wagengestellung hat in den letzten Wochen eine Besserung erfahren, ohne auch nur annähernd ausreichend zu sein. Darunter leidet die Belieferung der heimischen Landwirtschaft mit Kalisalzen für die Frühjahrsdüngung empfindlich. Es ist zu befürchten, daß sich die Folgen besonders in einer ungünstigen Kartoffelernte bemerkbar machen werden.

Was wird aus unserer Luftschiffahrt?

Weltverkehr nach dem Frieden.

Seit Beginn des Weltkrieges hat die Luftfahrzeug-Industrie der ganzen Welt mit ungeheurer Anstrengung daran gearbeitet, aus Luftschiffen und Flugzeugen in erster Linie Kampfwerkzeuge zu machen. Aber je mehr dabei einzelne Teile und die Gesamtkonstruktion vervollkommnet wurden, je mehr zeigte es sich, daß die Idee des Welt-

---

Der Fels der deutschen evang. Kirchen.

(Eine Erinnerung an die badische Generalsynode 1914.)

Von Frhrn. O. v. Stockhorn in Freiburg i. Br.

II.

2. Die Ansprache des Präsidenten des evangelischen Oberkirchenrats D. Helbing bei Eröffnung der badischen Generalsynode am 3. Juli 1914.

Schon seit Jahrzehnten sahen wir in den evangelischen Kirchen Deutschlands sich eine Bewegung immer mehr entwickeln und erstarken, welche darauf hinauslänft, eine Art „Neuprotestantismus" an die Stelle des „alten Glaubens" zu setzen, welchen man als „veraltet" und für die „modernen, gebildeten Menschen nicht mehr annehmbar" bezeichnen zu dürfen glaubt.

Diese Bewegung hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Leider haben die Kirchenregierungen im allgemeinen durchaus nicht diejenige richtige Festigkeit im Verteidigen des Rechts der Kirche und ihrer Gläubigen gezeigt, die sie hätten zeigen müssen, und so darf man sich nicht wundern, wenn endlich auch Laien sich für verpflichtet halten, dem Ansturm des Unglaubens öffentlich abwehrend entgegenzutreten und die Gemüter auf die im hohen Grade drohende Gefahr für den Bestand der deutschen evangelischen Kirchen und auf die Pflicht, diese Kirchen zu erhalten, nachdrücklich hinzuweisem.

Die Liebe zum Herrn unserer evangelischen Kirchen, zu unseren Kirchen selbst und zu den Brüdern, auch zu denen, die noch nicht gläubig sind, ist der einzige Beweggrund, welchen den Verfasser dieser Schrift leitete. Man halte mir nicht den „Burgfrieden" entgegen. Vonseiten vieler Gegner wird er nicht im Entferntesten gehalten; im Gegenteil. Man benützt die vielfach auf unserer Seite beobachtete Zurückhaltung zu immer neuen, entschlossenen Vorstößen. Zudem handelt es sich hier um eine Lebensfrage der Kirche, da kann von „Burgfrieden" überhaupt keine Rede sein.

Es gilt vielmehr hier das Wort Jesu Christi:

„Wer mich bekennt vor den Menschen, den will ich auch bekennen vor meinem himmlischen Vater. Wer mich aber verleugnet vor den Menschen, den will ich auch verleugnen vor meinem himmlischen Vater." (Matth. 10, 32. 33., vergl. Luk. 9, 26—12, 9. — Mark. 9, 38. — 2. Tim. 2, 12.)

Einen besonders schwer ins Gewicht fallenden Beweis für die Richtigkeit der oben aufgestellten Behauptung, daß die Kirchenregierungen zuweilen ihre Pflicht nicht richtig erkannt und erfüllt haben, hat der Präsident des Oberkirchenrates der evangelisch-protestantischen Landeskirche des Großherzogtums Baden, D. Helbing, in der Generalsynode von 1914 geliefert. Er hat in seiner Ansprache zur Eröffnung dieser Synode am 3. Juli 1914 in Karlsruhe, nachdem er auf die Aenderungen in der Besetzung dieser obersten badischen Kirchenbehörde und der Generalsynode selbst hingewiesen hatte, unter anderem folgendes ausgeführt:

„Aber auch abgesehen von diesem Umschwung, der die Wandelbarkeit alles Irdischen eindringlich predigt, sind die hinter uns liegenden Jahre sehr ernste gewesen; ernst durch traurige Erlebnisse, unter denen ein Kirchenregiment auf's schwerste leidet, ernst am allermeisten jedoch durch die Schärfung der Unterschiede und Parteiungen inmitten unserer Landeskirche. Ohne solche Verschiedenheiten, Trennungen und Kämpfe geht es ja in keiner großen menschlichen Gesellschaft ab. Sie haben von Anfang an auch weder in der alten noch in der späteren Kirche gefehlt. Sie sind mit herübergezogen in die erneuerte evangelische Kirche, sie haben die Landeskirchen bis zur Stunde erfaßt, sie sind — allerdings leider in ungewöhnlich hohem Maße — der unsrigen Los. Sie dürfen und sollen gewiß auch sein. (!?) Gott der Herr hat uns Menschenkinder nicht nach einem einzigen, bis ins kleinste durchgeführten Modell gemacht, sondern eine weise Mannigfaltigkeit von Gaben, Bedürfnissen und Anschauungen unter uns verteilt. (!?!) Und die evangelische Kirche darf gewiß, wenn sie ihrem Ursprung und ihrer Natur treu bleiben will, in keiner Hinsicht als eine fertige gelten. Der Geist, aus dem sie geboren ist, soll in ihr lebendig bleiben. (!) Die Kirche der Reformation muß — richtig verstanden — immer die Kirche des Fortschritts sein. (!!) Darum sind in ihr auch stets, bald schwächer, bald deutlicher, zwei Strömungen oder Richtungen vorhanden gewesen: die eine, welche ihre grundlegenden Gedanken zu noch allseitigerer Verwirklichung zu bringen sucht, während die andere das von den Vätern überlieferte Besitztum gegenüber gefährlichen Neuerungen zu erhalten strebt. Sie sind also beide, wie die bisherige Entwicklung es beweißt, im Recht (!!?) und beide zur Ergänzung und zum Ausgleich bestimmt. Es wäre ein verhängnisvolles Unterfangen, (!!?) wenn eine die andere zum Schweigen und zur Einflußlosigkeit zu bringen oder gar auszutreiben trachten würde.

Auch wir in unserer Landeskirche gehören zusammen, ja wir erst recht. Daß wir uns immer mehr verstehen und verständigen lernen, um ihren Bau zu fördern, das ist die gemeinsame köstliche Aufgabe, die uns der Herr gewiesen hat und von deren gedeihlicher Lösung unsere Zukunft abhängen wird. Denn darüber kann kein Zweifel sein, daß zu unserer Rechten und Linken geschäftige Mächte nur darauf warten, die Früchte der Zertrennung zu ihren Gunsten zu ernten. Können, dürfen und wollen wir mit gutem Gewissen ihnen dazu behilflich sein?

Man hat ja dann und wann davon geredet, daß es jetzt gar nicht mehr um zweierlei Anschauungen, sondern um zwei Religionen sich handle. Stände es also, dann wäre ich der Erste, der zum Auseinandergehen

luftverkehrs, die schon vor dem Kriege viele Köpfe beschäftigt hatte, außerordentlich erstarkt ist, wie denn auch die ersten Anfänge eines internationalen Flugdienstes während des Krieges gemacht worden sind. In Schweden, Italien, Frankreich, England und den Vereinigten Staaten bestehen bereits regelrechte Flugverbindungen, und auch bei uns in Deutschland sind jetzt die ersten Flugpostlinien eingerichtet worden. Es handelt sich dabei natürlich um bescheidene Anfänge und Versuche, da wir ja einen großen Teil unseres Flugzeugparkes durch den Waffenstillstand und seine Folgeerscheinungen verloren haben und da vor allen Dingen zur großzügigen Durchführung lange geplanter Verkehrslinien die politischen Voraussetzungen noch fehlen. Wissen wir zum Beispiel nicht, ob eine Fahrt nach Königsberg möglich sein wird, da sie (wenn es nach den Plänen unserer Feinde geht) über den polnischen Weichselstreifen führen müßte, dessen Luftregion nach dem Weltluftgesetz der Zukunft unter polnischer Oberherrschaft stehen würde? Dazu kommt, daß zurzeit sich noch nicht übersehen läßt, in welcher Weise die besetzten Gebiete in unser Luftverkehrsnetz einbezogen werden sollen. Soviel ist jedenfalls sicher, daß wir auch im Friedensvertrage unter keinen Umständen auf den Wettbewerb im Bau von Verkehrsflugzeugen verzichten werden.

Die Industrie unserer Gegner ist zwar mit allen Kräften bemüht, schon jetzt in dem bevorstehenden Vorfriedensvertrage den deutschen Wettbewerb auch auf diesem Gebiete nach Möglichkeit lahm zu legen. Aber es wird nicht verhindert werden können, daß wir im Rahmen der auf uns entfallenden Rohstoffmengen unser deutsches Luftverkehrsnetz ausbauen und daß wir, soweit es die beschränkenden Bestimmungen unserer Feinde zulassen, auch an dem Weltpost-Flugzeugverkehr teilnehmen werden. Gegenwärtig trägt sich ja die Entente mit dem Plan, eine direkte Luftpostverbindung London—Paris—Warschau herzustellen. Für die Durchführung dieses Planes verlangt man von uns die Genehmigung für die Errichtung von Landungsplätzen am Ober- und Niederrhein sowohl wie in Oberschlesien. Es wird Sache der deutschen amtlichen Stellen sein, darüber zu wachen, daß wir bei der Fortführung dieser Verbindungslinien nach Friedensschluß nicht ausgeschaltet werden.

Daß unser Flugpostverkehr ein starker wirtschaftlicher Zukunftsfaktor ist, zeigen die Flugpostlinien Weimar—Berlin und Berlin—Warnemünde—Kopenhagen. Wir dürfen überzeugt sein, daß auch unsere jetzigen Gegner auf die Dauer unseren Wettbewerb nicht ausschalten können, denn die großen Weltverkehrslinien der Zukunft schneiden ohne Ausnahme das Deutsche Reich. Sie tun es auch dann, wenn man sich nach Kräften bemüht, seine Grenzen zu verengen. Das zeigt ein Blick auf die Hauptweltverkehrspläne der Entente, deren Triebfeder England ist. Zwei Linien liegen England besonders am Herzen: erstens die Strecke London—Rom—Kairo und zweitens die Strecke London—Wien—Bukarest—Konstantinopel—Bagdad. Das weltwirtschaftliche Problem, das England in diesem Kriege aufgestellt und gelöst hat, findet in diesen beiden Luftlinien seinen flugtechnischen Ausdruck: der direkte Weg nach Afrika und nach Kleinasien und im Anschluß daran nach Indien. Der deutsche Fliegerhauptmann Hesse hat den Engländern den Weg gewiesen. Er hat die Strecke Berlin—Mossul (Mesopotamien) in 34 Stunden zurückgelegt, zu der man sonst zehn Tage Eisenbahnfahrt gebrauchte. Er hat aber auch damit zugleich der Welt unsere flugtechnische Stärke gezeigt.

Das Weltluftverkehrsnetz der Zukunft ist undenkbar ohne die starke Mitwirkung Deutschlands. An der deutschen Arbeit wird es sein, uns den gebührenden Platz im Weltverkehr zu sichern. Wenn jetzt die deutsche Industrie trotz der Ungunst der Zeit unverzüglich in den Wettbewerb eintritt, so wird sie, des dürfen wir sicher sein, den Sieg davon tragen. Freilich, das ganze Volk muß sie dabei unterstützen. Es muß vor allem die äußerst schwierige Geldfrage lösen helfen. Es war vielleicht ein zu erwägender Gedanke, der kürzlich von sachverständiger Seite angeregt wurde, nämlich Luftkampfturniere mit Totalisatorbetrieb zu veranstalten. Wie wir den modernen Rennbetrieb mit Hilfe des Totalisators auf eine achtungswerte Höhe gebracht haben, so werden wir sicher auf demselben Wege auch der deutschen Flugzeugindustrie zu ungeahnten Erfolgen verhelfen. *M. A. D.*

Aus Baden.

Noch immer spukt die „Vereinigung Badens und Württembergs“ in den Blättern. Die Träger dieser Idee sind diesseits wie jenseits der gelb-roten Grenzpfähle Sozialdemokraten, deren zentralistischen Grundauffassung es entspricht, die Unitarisierung auch im „Kleinen“ durchzuführen, um so der großen und allgemeinen Vereinheitlichung vorzuarbeiten.

In Wahrheit ist niemand in verantwortlichen Stellen bereit, das badische und württembergische staatliche Eigenleben einer Idee zu opfern, deren Verwirklichung noch nicht einmal die sonst so stark betonten „praktischen Erfolge“ hervorbringt. Vergesse man nicht: sowohl für Baden wie für Württemberg hat eine Geschichte von mehr als 100 Jahren ein staatliches Bewußtsein geschaffen, das das Künstliche der Staatengründung innerlich längst überwunden hat und speziell auf kulturpolitischem Gebiet den Volkschaften beider Staaten ein eigenes Gesicht verliehen hat. Es hieße ganz bestimmte Kulturwerte preisgeben, wollte man die beiden Staaten schematisch „einigen“. Daß auf wirtschaftlichem, verkehrstechnischem und auf dem Gebiet der Rechtspflege manches „unter eine Haube“ gebracht werden kann, ist selbstverständlich. Da die Frage der Reichseisenbahn keineswegs spruchreif ist, so tritt die Forderung nach einer starken Annäherung in Eisenbahnsachen zwischen Württemberg und Baden von selbst in den Vordergrund. An unseren Fachmännern wird es sein, hier umbauend vorzugehen. Auch dürfte es sich empfehlen, für gewisse Grenzgemeinden, die hüben und drüben weit zu dem gerichtlichen Erfüllungsort haben, die Oberinstanzen so zu nominieren, daß sie dem praktischen Bedürfnis entsprechen, gleichgültig, ob diese Oberinstanz nun in Baden oder in Württemberg liegt. So läßt sich noch auf manchen Gebieten ersprießliches unter dem Gesichtspunkt gemeinsamer Interessen erreichen, ohne daß man die Grenzen niederreißt.

Im Zeitalter der „kommunistischen Welle“ ist es allen Politikern, die vom individuellen Standpunkt ausgehen, ein besonderes Anliegen, auch im Rahmen der „kleineren“ Gesetzgebung dem systematisierten Blödsinn entgegenzuarbeiten. Vernunft, Besonnenheit, Kaltblütigkeit sind seit langem aus der Politik des gesunden Menschenverstandes ausgeschaltet; wo überall sich eine Gelegenheit bietet, der Tollheit ein Paroli zu bieten, darf man sie nicht versäumen. Die Verschmelzung von Württemberg und Baden ist ein Phantom, das die Kinopolitiker erzeugt haben; es wird mit ihnen verschwinden.

A. R.

In einem bemerkenswerten Artikel weist die „Karlsruher Zeitung“ darauf hin, daß mit einem Weiterumsichgreifen der spartakistischen, auf Errichtung der Räteherrschaft abzielenden Bewegung zu rechnen ist. „Die badische Regierung“, heißt es in dem Artikel, „ist von dem, was wir zu erwarten haben, gut unterrichtet und sieht den kommenden Ereignissen mit Ruhe und Umsicht, mit Festigkeit und Zuversicht entgegen. Die nötigen Vorbereitungen sind getroffen. Sollte, was wir einstweilen noch nicht annehmen wollen, von spartakistischer Seite Gewalt angewandt werden, so wird ihr mit Gewalt begegnet werden. Wir glauben, daß ein gewaltsamer, terroristischen Zielen dienender Umsturzversuch keine Aussicht auf Erfolg haben würde. Zu den Männern der Regierung, so vor allem zu dem Minister des Innern und dem Staatspräsidenten, dürfen wir das Vertrauen haben, daß sie ihre ganze Tatkraft einsetzen werden, um die Möglichkeit einer Räteherrschaft von vornherein zu vereiteln. Die badische Regierung ist sich dessen bewußt, daß es sich bei allen diesen Umsturzversuchen um Aktionen handelt, die mit den Idealen der Demokratie und des Sozialismus nichts zu tun haben, sondern um rein politische Manöver, durch die eine verschwindend kleine Mehrheit in den Besitz und damit in den Genuß der Macht versetzt werden sollen“.

Karlsruhe, 9. April. Die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei der badischen Nationalversammlung hat an die Parteifreunde im Lande die Bitte gerichtet, bei der am nächsten Sonntag stattfindenden Volksabstimmung mit „ja“ zu stimmen, also die badische Verfassung und das Fortbestehen der Nationalversammlung als badischer Landtag zu genehmigen. Wer aus irgend einem Grunde sich dazu nicht entschließen kann, möge sich der Abstimmung enthalten.

Die Brotpreise.

Der badische Bäckerverband und verschienene Bäckerinnungen des Landes waren in der letzten Zeit wiederholt mit dem Ersuchen an die Regierung herangetreten, eine Brotpreiserhöhung anzuordnen. Zur Begründung ihrer Bitte wiesen sie auf die allgemeine Teuerung aller Lebensverhältnisse, die in den letzten Monaten erheblich gestiegenen Kohlenpreise und auf die zurzeit mit den Bäckergehilfen wegen Abschluß eines Lohntarifes bei dem Arbeitsministerium schwebenden Verhandlungen hin, von denen heute schon angenommen werden dürfe, daß sie in wenigen Wochen mit einer bedeutenden Lohnerhöhung der Bäckergehilfen zum Abschluß gelangen würden. Nach eingehenden Beratungen mit den in Betracht kommenden Interessenkreisen und nach Anhörung des parlamentarischen Ernährungsbeirates glaubte die Regierung dem Verlangen der Bäckermeister entgegenkommen zu müssen, um diesem Gewerbe das wirtschaftliche Durchhalten bis zur Wiedererlangung normaler Verhältnisse zu ermöglichen. Die Kommunalverbände wurden deshalb ermächtigt: 1. bei der Berechnung der Brotpreise den Zuschlag von 45 v. H.. der seither für die Unkosten des Bäckers (einschließlich der Zutaten) für die Entlohnung seiner Arbeit und für seinen Verdienst mit einem Höchstbetrag von 21 Mk. für den Doppelzentner Mischmehl in Rechnung gestellt werden dürfte, die erwähnte Höchstbegrenzung in Wegfall kommen zu lassen, 2. für die seit 1. Sept. 1918 erfolgte Erhöhung der Kohlenpreise eine Brotpreiserhöhung eintreten zu lassen, die bei einer Steigerung des Kohlenpreises um 100 Pfg. für den Zentner 1 Pfg. für den 1500 Gramm-Laib und einen halben Pfennig für den 750 Gramm-Laib beträgt, 3. für nach dem 1. April 1919 eintretende, vom Arbeitsministerium gebilligte Lohnerhöhungen der Bäckergehilfen weitere Zuschläge nach einer besonders erläuterten Berechnungsweise vorzusehen. Dabei wurde ausdrücklich bemerkt, daß die in Ziffer 2 und 3 erteilten Ermächtigungen zur Festsetzung eines höheren Brotpreises selbstverständlich nur für solche Kommunalverbände in Betracht kommen, bei denen die Voraussetzungen zu einer derartigen Maßnahme vorliegen, bei denen allgemeine Steigerung des Kohlenpreises um mehr als 1 Mk. für den Zentner seit dem 1. September 1918 eingetreten ist oder bei denen nach dem 1. April 1919 eine Lohnerhöhung für die Bäckereigehilfen erfolgt. Schließlich wurden die Kommunalverbände wiederholt ermahnt, die Brotpreise so niedrig zu halten, als dies ohne Beeinträchtigung der berechtigten Ansprüche der Bäcker möglich sei.

Aus Stadt und Land.

Karlsruhe, 10. April 1919

* Der erste Mai als allgemeiner Feiertag. Die badische Regierung hat den 1. Mai als allgemeinen Feiertag bestimmt.

* Viehstandsverzeichnisse. Zur Bekämpfung des Schleichhandels mit Vieh hat das Ministerium des Innern beschlossen, die Ueberwachung der einzelnen Viehbestände durch Einführung von Viehbestandsverzeichnissen einzurichten. Mit der Vornahme der allmonatlich stattfindenden Stallschau ist der durch Mitglieder der Viehaufbringungskommission ergänzte Milchausschuß beauftragt worden.

* Unter Beteiligung einer großen Trauergemeinde wurde am Montag vormittag die Leiche des am Freitag verstorbenen Geh. Hofrates Prof. Dr. Josef Durm bestattet. Die Gedächtnisrede hielt der Rektor der Technischen Hochschule „Fridericiana“, Prof. Dr. Hausrath,

---

riete. Aber es ist nicht so! (Nach den Zeitungsberichten wurden gerade diese Worte mit laut erhobener Stimme gesprochen.) Mögen in Einzelnen die Vorstellungen und Ueberzeugungen noch so weit auseinander gehen; wir haben den gleichen Boden, in dem wir wurzeln, die gleichen Grundlagen, auf denen wir stehen, das gleiche Ziel, dessen Erreichung unsere Seele bewegt.

Aber um zu dieser Erkenntnis zu gelangen und festzuhalten, daß — vorurteilslos und genau betrachtet — das uns Verbindende das Trennende unendlich überwiegt, dazu tut allerdings not, was nicht selten zu mangeln scheint, der Verzicht auf eigene Lieblingsgedanken und der feste, selbstlose Wille zur Tat.“

Zum Schluß verwies Redner auch auf das, was der „Held im Streit, der Apostel des Glaubens und des Bekenntnisses, auf der Höhe seines Lebens an eine zerspaltene Gemeinde“ schreibt: „Lasset uns dem nachstreben, was zum Frieden dient und was zur Besserung (Erbauung) unter einander dient.“ (Röm. 14, 19.)

Diese Ausführungen enthielten so viel Schiefes, Falsches und Herausforderndes, daß man sich wohl wundern darf, daß in jener Generalsynode, so viel aus den stenographischen Verhandlungen ersichtlich ist, ihnen nicht mit derjenigen Klarheit, Entschlossenheit und Schärfe entgegengetreten wurde, wie es unbedingt hätte geschehen müssen.

Da derartige Grund-Irrtümer und anmaßlichen Behauptungen auch an anderen Orten und seither des öfteren aufgestellt worden sind und leider in immer weiteren Kreisen Eingang gefunden haben und sonach die drohende Gefahr für die Kirche wesentlich vermehren, ist es wohl Recht und Pflicht auch der Laien, ihnen und allen mit ihnen zusammenstimmenden derartigen Angriffen auf das Recht der Kirchen und ihres Herrn und aller gläubigen Glieder dieser Kirchen mit aller Entschiedenheit und Festigkeit entgegenzutreten und bei dieser Abwehr ohne jedwedes Zagen und falsches „Rücksichtnehmen“ zu verfahren. Amicus ille, amicus iste, magis amica veritas.

3. Widerlegung seiner Berufung auf Räm. 14, 19.

Zunächst muß es wohl in hohem Grade auffallen, daß ein Theologe bei einem so wichtigen Anlaß und in so verantwortlicher Stellung sich hier auf Röm. 14, 19 berief. Das ganze Kapitel behandelt die sog. Adiaphora, die Dinge, die in dem Worte Gottes nicht verboten und nicht geboten, sondern freigelassen sind. Der Apostel Paulus ermahnt die im rechten Glauben fester gegründeten und darum freieren Christen, nicht diejenigen zu richten, die bezüglich des Essens, der Feiertage und dergleichen Dingen ängstlich und noch unselbständig sind und diese letzteren, daß sie nichts tun sollen, wobei ihr Gewissen unruhig ist, und daß sie andere nicht verurteilen sollen, welche freier denken und in solchen Dingen sich mehr zutrauen. Der starke Christ soll den schwachen tragen und ihm kein Aergernis geben. Der noch schwächere soll nur nach seinem Gewissen handeln und den im Glauben gefestigteren nicht nach sich selbst beurteilen und ihn nicht richten.

In der Generalsynode handelte es sich aber durchaus nicht um Adiaphora, um an sich gleichgültige Dinge, sondern um Zentralwahrheiten des Christenglaubens, um Fragen, die der Apostel Paulus und alle Apostel und Evangelisten, ganz besonders aber auch der Herr Jesus selbst, als die allerwichtigsten erklärt und behandelt haben, und deren Wichtigkeit in der Generalsynode selbst öfters und deutlich hervorgehoben worden ist.

Die Berufung auf Röm. 14, 19 war also durchaus unhaltbar und eigentlich geradezu unbegreiflich, da sie Theologen gegenüber vorgetragen wurde, die ihre Unhaltbarkeit doch sofort erkennen mußten.

Es ist ein bekanntes, vielfach geübtes Vorgehen, daß man — namentlich um minder unterrichtete Laien zu beruhigen und über die tatsächliche Lage hinwegzuheben — die in Frage kommenden Unterschiede abschwächt und so viel als möglich zu verwischen sucht. Mag solches nun guten oder bösen Glaubens, vom Kundigen oder Unkundigen geschehen, immer ist es verwerflich und gefährlich, denn es ist geeignet, andere in einen Irrtum zu versetzen, so daß sie die schweren und gewaltigen Folgen nicht erkennen und so ihr Urteil falsch gelenkt wird.

Zur Abwehr dieser tatsächlich vorhandenen großen Gefahr scheint es deshalb geboten, namentlich auch die Laien besser zu unterrichten und diejenigen aufzuklären, die der Sache auf den Grund gehen wollen.

Um so nötiger aber ist dies gerade heutzutage, da Gott der Herr so vernehmlich spricht und da seine ehernen Schritte den Erdball erschüttern und zeigen, daß er es ist, der die Welt regiert und gerade jetzt mit furchtbarem Ernst sein Auge auf die Menschheit und besonders auf unser Volk und unsere Kirchen gerichtet hält und daß er die Sünden straft, wenn das Maß seiner Langmut erschöpft ist. (Forts. folgt.).

Vermischtes.

Sprengstoffe gegen Kriegsschäden. Die Franzosen beschäftigen sich damit, ihre verwüsteten Nordprovinzen neu zu bepflanzen. In einer Sitzung der Pariser Akademie wurde empfohlen, die Pflanzlöcher für Bäume usw. mit Hilfe von Sprengstoffexplosionen auszuhöhlen. Eine Patrone mit der Sprengladung und verschiedenen dem Erdreich erwünschten Salzen (Phosphaten, Nitraten usw.) wird in die Erde gesenkt. Durch ihre Explosion wird die Ackerkrume rundherum gedüngt, so daß die in die Sprenglöcher gepflanzten Bäume sehr schnell aufwachsen. In Nordamerika hat man auf diese Weise eine Beschleunigung des Wachstums aufs Doppelte erreicht.

der die Tätigkeit des Entschlafenen als Lehrer, Forscher und Künstler würdigte. Geh. Hofrat Dr. v. Oechelhäuser widmete dem Verewigten für die Architekturabteilung der Hochschule einen Nachruf, ein Vertreter der Studentenschaft sprach für die Studierenden der Hochschule und Geh. Rat Prof. Dr. v. Duhn gedachte Durms im Namen der philosophischen Fakultät der Universität Heidelberg, deren Ehrendoktor der Verstorbene war, während er der Stadt Freiburg als Ehrenbürger angehörte. Dann wurde der Sarg den Flammen übergeben.

* **Der Jagdkalender.** Bis zum 31. Januar 1920 gelten für Wild folgende Schonzeiten: männliches Rot- und Damwild: 1. Februar bis 31. Juli; weibliches Rot- und Damwild sowie die Hirschkälber (Rot- und Damwildkälber beiderlei Geschlechts): 2. Februar bis 30. September; Rehböcke: 1. Februar bis 15. April; weibliches Rehwild und Kitzböcke: 1. Februar bis 30. September; Hasen: 1. Februar bis 30. September; Dachs: 1. Februar bis 31. Juli; Auer- und Birkhähne: 1. Juni bis 31. März; Auer- und Birkhennen: das ganze Jahr; Fasanhähne: 1. Februar bis 31. Juli; Fasanhennen, Wachteln und Haselwild: 1. Februar bis 23. August; Rebhühner: 1. Januar bis 23. August; Enten: 1. März bis 30. Juni; Schnepfen, Sumpf- und Wassergeflügel: 1. April bis 30. August.

* **Ein Strafvollzug vor hundert Jahren.** Ueber die Hinrichtung eines Doppelmörders entnehmen wir folgende Mitteilungen einer Bekanntmachung im „Badischen Staatsregierungsblatte" vom 2. März 1819. Darin wird amtlich mitgeteilt, daß der Franz Josef Gramlich aus Schlierstadt (Amt Osterburken) wegen Mordes enthauptet und „zu mehrerem Ausdruck des Abscheus" sein Kopf auf einen Pfahl gesteckt wurde. Dieses Urteil war vom Oberhofgericht zu Mannheim gefällt und vom Großherzog bestätigt worden, sodaß es vollzogen werden konnte. Gramlich stand im 28. Lebensjahr und war wegen Diebstahls und Unterschlagung bereits vorbestraft. Als badischer Dragoner war er desertiert und hatte sich dann bei einem Bekannten, dem Bürger Michael Bethäuser, verborgen gehalten. Am 17. August 1817 waren beide zusammen ausgegangen und unterwegs in Streit geraten, in dessen Verlauf Bethäuser Gramlich drohte, den Behörden seinen Aufenthaltsort zu verraten. Darauf schlug der gewalttätige Bursche den Bethäuser mit einer Misthacke tot. Um seine Tat zu verbergen, begab er sich in das Haus des Getöteten und erschlug mit einem Beile dessen Schwester. Darauf raubte Gramlich die Kleider des Bethäuser und begab sich auf die Flucht, wurde aber bald eingefangen und vor Gericht gestellt.

Pforzheim, 8. April. Am Samstag nachmittag sind aus Berlin 22 Rote Kreuz-Schwestern zur Pflege der Typhuskranken eingetroffen. Die Zahl der Typhuserkrankungen ist auf 2415 gestiegen, Sterbefälle sind 166 vorgekommen. — Wie die hiesigen „Neuest. Nachr." mitteilen, hat am Sonntag ein Flugzeug die Stadt Pforzheim überflogen und Flugblätter abgeworfen, in denen von der württembergischen Regierung mitgeteilt wurde, daß der Generalstreik beendet ist.

Pforzheim, 9. April. Die Zahl der am Typhus neuerkrankten Personen ist auf sieben zurückgegangen. Im ganzen sind 2422 Typhuskranke vorhanden. Außer in den Bezirken Bühl und Pforzheim sind jetzt auch im Bezirke Tauberbischofsheim Eier für die Typhuskranken gesammelt worden.

Mannheim, 8. April. Eine Anzahl der badischen Webstoff verarbeitenden Fabriken (Korsett-, Wäsche-, Gummistoff-, Gummiwaren-, Bettfedern-, Säcke-, Segeltuch-, Schuh-, Kleiderfabriken usw.) haben sich zu einem badischen Landesverband der Webstoff verarbeitenden Industrie zusammengeschlossen, der die gemeinsamen Interessen dieser Betriebe auf den verschiedenen Gebieten, insbesondere aber der Beschaffung von Material wahrnehmen will. Der Verband will in enger Fühlung mit dem Landesverband der badischen Textilindustrie arbeiten. Die Geschäftsführung befindet sich in Mannheim bei der Handelskammer.

Mannheim, 9. April. Hier wurden zwei Taglöhnersfrauen verhaftet, die in Reihen und Neubach Hühner gestohlen hatten. Bei der einen fand man zehn, bei der andern sechs geschlachtete Hühner vor.

Weinheim, 9. April. Die Kirschen-, Birn- und Spalierbäume der Bergstraße tragen zahlreiche Blütenknospen. Die Kirschbäume dürften in der nächsten Zeit blühen. Der Frost dürfte bisher den Bäumen nicht geschadet haben.

Boxberg, 8. April. In Mosbach wurde das Schmuggelauto einer Mannheimer Gesellschaft angehalten, die in unserer Gegend etwa 58 Ztr. Kartoffeln, 30 Ltr. Schnaps, Oel und Mehl gehamstert hatten.

Ettlingen, 8. April. Wie der „Mittelbad. Courier" schreibt, kam es am Sonntag bei Mörsch zu einem Gefechte zwischen dem Jagdhüter und drei Wilderern, beide Parteien beschossen sich gegenseitig mit scharfer Munition. Schließlich veranlaßte Zuzug ordnungsliebender Elemente aus Mörsch die Wilddiebe zum Rückzug in der Richtung nach Durmersheim.

Bühl, 8. April. Aus dem Bezirke Bühl wurden hier bisher etwa 15000 Eier für die an Typhus Erkrankten in Pforzheim eingeliefert.

Plittersdorf bei Rastatt, 8. April. Hier haben Stalldiebe ihr Unwesen getrieben und dem Landwirt Hermann Fritz eine Kuh, der Witwe Edmund Neisen eine Kuh, dem Landwirt Otto Müller zwei Zicklein, und aus anderen Ställen verschiedene Hasen gestohlen.

Reform der Fernsprechergebühren.

Bausch- oder Gesprächsgebühr?

Eine durch die Presse gegangene Nachricht, in Zukunft sollen die Gebühren für den Fernsprechanschluß derartig berechnet werden, daß jedes Gespräch 5 Pfennig koste, wurde von amtlicher Stelle als unrichtig bezeichnet. Dagegen wurde die Absicht einer Reform der Gebühren, also eine Erhöhung, nicht bestritten. Ob schließlich nun doch eine Gesprächsgebühr an die Stelle der Zahlung in Bausch und Bogen treten wird, bleibt einstweilen unklar.

Der Plan einer derartigen Änderung der Fernsprechgebühren-Ordnung ist alt, ein Jahrzehnt und darüber, und wenn der Weltkrieg nicht dazwischen gekommen wäre, hätten wir die Änderung wahrscheinlich bereits erhalten — zwei Gründe sprechen, wenigstens in den Augen der Verwaltung, dringend dafür. Die Gesprächsgebühr ist gerechter als die Bauschgebühr, da sie sich nach der Leistung richtet, die der Teilnehmer von der Verwaltung beansprucht. Außerdem ist anzunehmen, daß, wenn die für einen Anschluß zu entrichtende Gebühr sich nach der Zahl der geführten Gespräche richtet, gar manches überflüssige Gespräch unterbleibt und dadurch eine Entlastung des Betriebes eintritt, die von der Verwaltung für unbedingt notwendig gehalten wird. Es nimmt sich sonderbar aus, wenn eine dem Verkehr dienende Einrichtung sich über zu großen Zuspruch beklagt. Die Fernsprech-Verwaltung meint aber, daß in großen Städten die Ausdehnung des Fernsprechnetzes nicht ins Ungemessene wachsen könne und dem Betriebe gewisse Grenzen gezogen seien. Das ist schon früher fachmännisch dargelegt worden, und die Erfahrungen der Kriegsjahre und der Umsturzzeit haben die Verwaltung in dieser Auffassung sicher noch bestärkt.

Eine besondere Gesprächsgebühr hat es seit Beginn unseres Fernsprechwesens stets für Ferngespräche im weiteren Sinne gegeben. Dagegen fielen sogenannte Stadtgespräche, es sei denn, daß man von einer öffentlichen Fernsprechstelle aus sprach, unter die Bauschgebühr, die man für den Besitz eines Fernsprechanschlusses zu entrichten hatte. Diese Gebühr betrug jahrelang 150 Mark jährlich; ganz gleich, ob der Anschluß sehr oft oder sehr selten gebraucht wurde. Der Staatssekretär v. Stephan schwärmte für Einheitssätze und war für alle Anregungen, die Anschlußgebühren abzustufen, unzugänglich. Das änderte sich unter seinem Nachfolger, dem Staatssekretär v. Podbielski. Jetzt wurde die Bauschgebühr nach der Größe des Fernsprechnetzes bemessen, an das der Teilnehmer angeschlossen war. Dadurch kamen das platte Land und die kleineren Städte zu erheblich niedrigeren Fernsprechergebühren. Außerdem wurden neben den Anschlüssen gegen Bauschgebühr, die für die großen Netze erhöht wurde, Anschlüsse gegen Grundgebühr und Gesprächsgebühr (einen solchen Anschluß pflegte man etwas wegwerfend „Sechsertelephon" zu nennen, weil das Gespräch fünf Pfennige kostete) eingeführt. Die so gestaltete Fernsprechgebühren-Ordnung besteht im großen und ganzen heute noch, nachdem langwierige Versuche zu ihrer Änderung, die einige Jahre vor dem Kriege unternommen wurden, gescheitert sind.

Schon diese Versuche zielten darauf ab, an die Stelle der Bauschgebühr durchweg Grundgebühr und Gesprächsgebühr zu setzen. Bestimmend dafür waren die beiden, vorhin schon erwähnten Gründe. In großen Städten gibt es, beispielsweise in Kaffeehäusern und Warenhäusern, Fernsprechanschlüsse, von denen aus tagsüber Hunderte von Gesprächen, in Berlin bis zu achthundert!, geführt werden. Die Bauschgebühr für den Anschluß mit achthundert Gesprächen täglich ist aber nicht höher als die für einen Anschluß mit acht Gesprächen täglich. Diese Unterschiede in Leistung und Gegenleistung fordern zu einer Änderung der Gebührenordnung geradezu heraus. Bevor man aber gesetzgeberische Vorschläge dazu machen konnte, mußte die Herstellung eines zuverlässigen Gesprächszählers geglückt sein. Als es endlich so weit war, ging dem Reichstage, es war unter dem Nachfolger Podbielskis, dem Staatssekretär Kraetke, eine Vorlage über eine neue Fernsprechgebühren-Ordnung zu. Die Verhandlungen darüber, bei denen sich namentlich der Abgeordnete Nacken vom Zentrum hervortat, haben Jahr und Tag gewährt, ohne daß es zu einer Verständigung zwischen Regierung und Volksvertretung gekommen wäre. Schließlich zog die Regierung die Vorlage zurück und Staatssekretär Kraetke tat das Gelübde, solange er noch an dieser Stelle stünde, von einer Neuregelung der Fernsprechergebühren abzuraten. Dann kam der Krieg, in dessen Verlaufe Herr Kraetke durch Herrn Rüdlin ersetzt wurde. An dessen Stelle ist vor kurzem der unternehmungs- und neuerungslustige Herr Giesberts getreten. Wenn er auch auf eine Änderung der Fernsprechergebühren, und zwar in dem erörterten Sinne bedacht ist, so liegt das sehr nahe. Aber die Lösung der Aufgabe wird, nach den früheren Versuchen zu urteilen, viel Arbeit machen, denn die Einsprüche und Gegenvorschläge der Tausende und aber Tausende von Beteiligten werden unabsehbar sein. *St.*

Rechtsschutz bei Verkehrserschwerung.

Von Syndikus A. Ebner.

Die Besetzung von Teilen des Deutschen Reichs im Osten und Westen durch die Polen und die verbündeten Feinde hat die geschäftliche Verbindung mit diesen Gebieten sehr erschwert, zum Teil sogar unmöglich gemacht. Forderungen und sonstige Ansprüche können gegen die dort wohnenden Schuldner nicht beigetrieben werden; selbst wenn die Schuldner zahlen wollen, sind sie nicht in der Lage, ihren Gläubigern die schuldigen Beträge zu übermitteln. Dadurch sind viele Leute in arge Bedrängnis geraten, sie sind selbst außer Stand gesetzt, ihre Gläubiger zu befriedigen. Um ihnen gegen diese unverschuldete Zahlungsfähigkeit einen Schutz zu gewähren, hat die Regierung ein Gesetz erlassen, das zwei Mittel vorsieht, um solchen Schuldnern zu helfen. Voraussetzung für die Anwendung der beiden Mittel ist die wesentliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des Schuldners infolge der derzeitigen Erschwerung des Verkehrs mit Teilen des Reichsgebiets. Nach einer Verordnung ist in folgenden Teilen des Reichsgebiets der Verkehr als erschwert anzusehen:

1. dem gesamten linksrheinischen Gebiet und den vom Feinde besetzten Brückenköpfen des rechten Rheinufers;
2. den von folgender Linie umschlossenen Teilen Preußens: Reichsgrenze bei Luisenfelde, westlich Luisenfelde, westlich Großneudorf, südlich Brzoze, nördlich Schubin, nördlich Exin, südlich Samotschin, südlich Colmar, nördlich Czarnikau, westlich Miala, östlich Birnbaum, westlich Bentschen (Ort), westlich Wollstein, nördlich Lissa, nördlich Rawitsch, südlich Krotoschin, westlich Adelnau, westlich Schildberg, Reichsgrenze bei Wilhelmsbrück.

Das erste der beiden Mittel ist die Bewilligung einer Zahlungsfrist. Der Antrag ist vom Schuldner zu stellen. Ist er schon verklagt, so ist das Prozeßgericht zuständig. Ist die Klage noch nicht erhoben, so ist der Antrag bei demjenigen Amtsgericht zu stellen, in dessen Bezirk der Gläubiger seinen Wohnsitz oder seinen Aufenthalt hat. Bei schwebender Klage hat das Gericht dem Antrag stattzugeben, wenn die Lage des Beklagten die Fristbewilligung rechtfertigt, es sei denn, daß die Zahlungsfrist dem Kläger einen unverhältnismäßigen Nachteil bringt. Sie kann für den Gesamtbetrag oder einen Teilbetrag der Forderung erfolgen und von der Erfüllung bestimmter Bedingungen abhängig gemacht werden. Der Antrag ist nur zulässig, wenn Gegenstand des Rechtsstreits eine vor dem 7. März 1919 entstandene Geldforderung ist. Er darf nicht deshalb abgelehnt werden, weil anzunehmen ist, daß der Schuldner nach Ablauf der Zahlungsfrist zur Befriedigung des Gläubigers außerstande sein wird. Die Parteien haben ihre tatsächlichen Behauptungen glaubhaft zu machen. Die Frist beginnt mit der Verkündung des Urteils, sie darf längstens drei Monate dauern. Sie wirkt wie eine vom Gläubiger bewilligte Stundung. Der Zinsenlauf wird durch die Fristbestimmung nicht berührt. Ist die Klage noch nicht erhoben, so kann die Frist bewilligt werden, falls der Schuldner die Forderung anerkennt. Vor der Entscheidung ist der Gläubiger zu hören. Der Antrag ist abzulehnen, wenn die Forderung rechtshängig oder vollstreckbar ist. Die Entscheidung kann ohne mündliche Verhandlung ergehen, sie erfolgt durch Beschluß. Wird die Frist bewilligt, so ist die Verpflichtung des Schuldners zur Zahlung der anerkannten Forderung auszusprechen. Gegen den Beschluß findet sofortige Beschwerde statt.

Das zweite Mittel ist die vorläufige Einstellung der Zwangsvollstreckung. Der Antrag ist beim Vollstreckungsgericht zu stellen, die Einstellung kann auf die Dauer von längstens sechs Monaten, und zwar mehrfach erfolgen und ist auch zulässig, wenn eine Zahlungsfrist bereits bestimmt ist; sie ist auch vor dem Beginn der Zwangsvollstreckung statthaft. Der Antrag darf nicht deshalb abgelehnt werden, weil anzunehmen ist, daß der Schuldner nach Ablauf der Zahlungsfrist zur Befriedigung des Gläubigers außerstande sein wird. Die Frist beginnt mit der Bekanntmachung des Beschlusses an den Schuldner. Im übrigen gilt entsprechend dasselbe wie bei der Bewilligung der Zahlungsfrist. Vor der Entscheidung kann das Gericht eine vorläufige Anordnung erlassen, gegen die ist ein Rechtsmittel nicht gegeben. Die Einstellung der Zwangsvollstreckung kann auf Antrag des Gläubigers aufgehoben werden, wenn die Einstellung infolge nachträglicher wesentlicher Veränderung der Umstände dem Gläubiger einen unverhältnismäßigen Nachteil bringen würde, insbesondere, wenn die spätere Befriedigung des Gläubigers durch andere Zwangsvollstreckungen erheblich gefährdet wird.

Noch eine weitere Schutzmaßnahme ist 1919 vorgesehen. Durch eine Bundesratsverordnung vom 20. März 1915 (geändert durch Verordnung vom 8. Juni 1916) ist bestimmt, daß in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten das Gericht auf Antrag des Schuldners anordnen kann, daß besonderen Rechtsfolgen, die wegen der Nichtzahlung oder der nicht rechtzeitigen Zahlung einer vor dem 31. Juli 1914 entstandenen Geldforderung nach Gesetz oder Vertrag eingetreten sind oder eintreten (Verpflichtung zum Räumen einer Wohnung wegen Nichtzahlung des Mietzinses, Fälligkeit des Kapitals wegen Nichtzahlung von Zinsen usw.), als nicht eingetreten gelten; das Gericht kann auch anordnen, daß die Folgen nur unter einer Bedingung, insbesondere erst nach fruchtlosen Ablauf einer auf höchstens drei Monate zu bemessenden Frist eintreten. Das Gesetz dehnt diese Bestimmungen auf solche Forderungen aus, die vor dem 7. März 1919 entstanden sind.

Evang.-luth. Gemeinde, alte Friedhofkapelle, Waldhornstr. 6.
Sonntag, 10 Uhr, Konfirmation und hl. Abendmahl Beichte halb 10 Uhr. Pfarrer Röbbelen.

Evangelische Stadtmission Karlsruhe, Adlerstraße 23.
Sonntag, 1/2 12 Uhr, Kindergottesdienst, Adlerstr. 23: Stadtmissionar Lieber.
1/2 12 Uhr, Kindergottesdienst in der Diakonissenhaus-Kapelle: Stadtm. Hörner.
3 Uhr, Jungfrauenverein von Frl. Schweickert, Marienstraße 1.
4 Uhr Jungfrauenverein von Frl. Meyer, Erbprinzenstraße 12.
4 Uhr, Jungfrauenverein der Schwester Lene, Adlerstraße 23.
5 Uhr Abendgottesdienst, Stadtmissionar Lieber.
8 Uhr: „Blaukreuz"-Versammlung.
Montag, 4 Uhr, Bibelstunde, Frl. Rödel, 3. Stock.
Gründonnerstag 5 Uhr: Abendgottesdienst, Stadtmissionar Lieber.
Karfreitag, 4 Uhr: Abendgottesdienst mit Abendmahl, Pfarrer Ostermeier.

Evang. Vereinshaus, Amalienstr. 77.
Sonntag, vorm. 11/4 Uhr, Sonntagsschule.
3 Uhr nachmittags: Allgemeine Versammlung. Stadtm. Rauber.
4 Uhr, Jungfrauenverein
8 Uhr, abends: Passionsbetrachtung.
Montag, abends 8 Uhr: Passionsbetrachtung
Dienstag, nachm. 4 Uhr: Bibelstunde f. Frauen und Jungfrauen.
8 Uhr abends: Passionsbetrachtung Missionar Mayer.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Passionsbetrachtung.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Passionsbetrachtung.
Karfreitag, nachmittags 3 Uhr: Allg. Versammlung. Stadtmissionar Rauber.
abends 8 Uhr: Passionsbetrachtung. Prediger Sommerhalder.
Samstag, abends 8 1/4 Uhr: Sonntagsschulvorbereitung

Konservative Zukunftspolitik

Preis: 5 Mark.

Ein Mahnwort an die Konservativen Deutschlands.

Von Adam Röder.

Verlag Buchdruckerei Fidelitas Karlsruhe Erbprinzenstr.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Soeben erschien:

Friedensklänge in Weltkriegsstürmen

Von Gustav Meerwein, Pfarrer in Durmersheim.

Preis: geheftet Mk. 1.75, gebunden Mk. 2.50.

Manches Gedicht hat Pfr. Meerwein schon im Kirchen- und Volksblatt veröffentlicht und durch seine innige Wärme den Leser angesprochen. Nun dies neueste Bändchen findet sicher den Weg zum Herzen, erhebt das Gemüt, stärkt zu freudigem Ausharren in Tagen des Kampfes, läßt uns mitfeiern an Geburtstagen, Weihnacht usw., und lenkt den Blick hinaus aus der Zeit auf das ewige Ziel. Unsere Kinder werden die Weihnachtsgesänge und Zwiegespräche gern lernen aufs Fest.

Verlag: Buchdruckerei Fidelitas, Karlsruhe i. B.

Für die Redaktion verantwortlich: J. V. Friedrich Dehn, Karlsruhe. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Fidelitas, G. m. b. H., in Karlsruhe, Erbprinzenstr. 9.